

wie Robert Havemann oder Rudolf Bahro, die einschneidenden Konsequenzen einer offen oppositionellen Haltung auf sich zu nehmen. In der Regel fochten sie ihre Kämpfe mit der Politbürokratie zudem allein aus, statt eine gemeinsame Front zu bilden. Der einzige breite politische Protest, die Erklärung gegen die Biermann-Ausbürgerung, konnte deshalb von der SED durch den differenzierten Einsatz von Druck und Vergünstigungen schnell wieder neutralisiert werden. Die weitverbreitete Unzufriedenheit, insbesondere in der jungen Generation, blieb aus diesem Grunde diffus und fand keinen Kristallisationskern, an dem sie die Form einer offenen Bewegung annehmen konnte. Durch diese Individualisierung des Protestes gelang es der SED, ihre Herrschaft in beiden Jahrzehnten weitgehend stabil zu halten.

Allerdings sind die meisten Protestpotentiale, die 1989 das Ende der SED-Diktatur herbeiführten, in Keimform schon in sechziger und siebziger Jahren festzustellen: die friedensengagierten Gruppen in den Kirchen, die unzufriedenen Intellektuellen, die verbitterte Jugend und die wachsende Zahl von Ausreisenden. Viele Entwicklungen der achtziger Jahre wurden somit in den vorangegangenen beiden Jahrzehnten vorbereitet. Diese Potentiale wirkten jedoch in der Regel weitgehend unabhängig voneinander und begannen erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zusammenzuwachsen. Die gegenseitigen Vorbehalte zwischen kritischen Christen, marxistischen Intellektuellen, aufbegehrenden Jugendlichen und desillusionierten Ausreisewilligen erleichterten deren Neutralisierung durch die SED.

Erst in den achtziger Jahren verbanden sich diese Potentiale zu jener breiten Oppositionskultur, über die wir morgen sprechen werden, die auch durch die vielfältigen Verfolgungsmaßnahmen nicht mehr beseitigt werden konnte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Alexander Fischer: Vielen Dank, Herr Knabe, für Ihre umfassenden und in ihrer gedanklichen Stringenz ausgezeichneten Ausführungen, die uns einen vorbildlichen Ausgangspunkt für die jetzt anschließende Diskussionsrunde hier im Podium geben. Ich würde vorschlagen, daß Sie vielleicht nachher in die Fragerunde der Abgeordneten und Sachverständigen mit einbezogen werden.

Für die folgenden anderthalb Stunden schlage ich vor, daß wir die Benennung dieser öffentlichen Anhörung genau nehmen. Sie heißt „Motivationen, Möglichkeiten und Grenzen widerständigen und oppositionellen Verhaltens“. Wir haben soeben eine Basis für die Diskussion erhalten. Ich schlage vor, nach einer ganz kurzen Vorstellungsrunde in einem Dreierschritt die Dinge aufzuarbeiten und erst einmal über die Motivationsprobleme, dann über die Möglichkeiten und schließlich über die Grenzen zu diskutieren.

Ich bitte zunächst einmal Herrn Pfarrer Richter und Herrn Eisenfeld, Herrn Kollegen Bierwisch und dann Herrn Borkowski und Herrn Molt, sich ganz kurz vorzustellen.

Bitte, Herr Eisenfeld.

Bernd Eisenfeld: Ich bin Jahrgang 1941, gebürtiger Vogtländer. Es soll ein Lexikon geben, das den Vogtländern nachsagt, sie seien ein kleines zänkisches Bergvolk. (Heiterkeit)

Vielleicht war das der Ausgangspunkt, daß ich dann 1964 Berufsverbot erhielt als sogenannter Rädelsführer bei den Bausoldaten; vielleicht war das der Ausgangspunkt, daß ich mich 1968 vehement für den „Prager Frühling“ einsetzte und dann auch schon im Frühjahr operativ vom MfS entsprechend bearbeitet wurde. Ich habe gegen die Intervention durch die Verteilung von Flugblättern meinen Protest geltend gemacht, und ich habe auch unter dem Dach der Kirche versucht, mich einzubringen.

Ich will ganz kurz den Zeitraum abstecken, in dem ich dann auch glaubte, öffentlichkeitswirksam werden zu können. Das begann 1964, als ich einen Brief an die Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen in Österreich richtete, mit Adresse und Absender, in dem ich das Grenzsystem der DDR als grundrechtswidrig charakterisierte und auch Grenzsoldaten, die auf Flüchtlinge schießen, als Verbrecher bezeichnete. Das war 1964, ein offener Brief zuzusagen, der aber nicht in die Hände des MfS fiel.

Wir hatten 1975 ein Treffen von Bausoldaten in Leipzig über das Thema Menschenrechte. Dabei ging es nicht nur um friedenspolitische Aktivitäten, sondern auch um Menschenrechtsfragen. Ich will Ihnen kurz zitieren aus einem Bericht des MfS: „Sein Auftreten war ausgesprochen provokativ. Er erklärte, daß der Vortragende die Situation zu rosig geschildert habe, obwohl im Referat Angriffe gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihre Partei, gegen die sozialistische Wehr- und Bildungspolitik gemacht und die DDR der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt wurde. Er bezichtigt die DDR der ständigen und bewußten Verletzung der Menschenrechte, insbesondere solcher Rechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Freiheit der Wahl des Wohnortes, Freizügigkeit für Reisen ins Ausland, auch ins sozialistische, und Bildung. Dabei erklärte er, daß die Verfassung der DDR eine Farce sein, die durch die Gesetze und internen Anweisungen der verschiedensten Ministerien unterhöhlt und zum Teil außer Kraft gesetzt werde. Er kritisierte die Kirche, zu wenig gegen die Staatsmacht aufzutreten und für den Aufbau eines demokratischen Sozialismus einzutreten. Er bejahte die Möglichkeit, im kirchlichen Raum seine Meinung frei äußern zu können, möchte aber auch noch andere Möglichkeiten suchen, öffentlichkeitswirksam zu werden. Dazu gehören nach seiner Meinung Mitarbeit in Schiedskommissionen, gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, Elternausschüssen und ähnliches.“

Im November wurde ich praktisch „verabschiedet“ durch einen Abschlußbericht, in dem u. a. steht: „Der E. trat auf den Tagungen der Bausoldaten provokatorisch gegen die Politik unserer Partei und Regierung auf. Er beschuldigt